

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, BfM zu der Vorlage VO/6553/2018

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in Ergänzung des Beschlusses vom Dezember (Verkehrsanbindung der Pharmastandorte Marbach und Görzhäuser Hof – VO/6564/2018) eine Bedarfs- und Machbarkeitsstudie für die Verkehrsentwicklung im Marburger Westen in Auftrag zu geben. Dabei sollen insbesondere Aspekte des gegenwärtigen und künftig absehbaren Verkehrsaufkommens, der Verkehrsströme, möglicher Routen und ihrer Alternativen für die verschiedenen Verkehrsträger sowie die möglichen Instrumente zur Lenkung der Verkehre mit dem Ziel der umweltverträglichen Abwicklung der Lieferverkehre und der Vermeidung motorisierten Individualverkehrs unter Berücksichtigung des ÖPNV und des Radverkehrs analysiert, bewertet und in ein Entwicklungskonzept integriert werden.

Darüber hinaus soll ein möglicher Bahnanschluss des Standorts Görzhäuser Hof an die Obere Lahntalbahn im Sinne der Entlastung des Straßenverkehrs einbezogen werden.

Die Studie soll Gegenstand eines Prozesses der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger werden.

Der Magistrat wird ermächtigt, im Vorgriff auf den Haushalt 2019 zur Einholung eines Gutachtens bis zu 100.000 € einzusetzen.

Begründung:

Bereits die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember hat die umweltverträgliche Verkehrsentwicklung eines Verkehrskonzepts im Kontext der aktuell absehbaren Entwicklung der Pharmastandorte zum Gegenstand. In dem Beschluss wurden bereits verschiedene Verkehrsmittel benannt, die für die künftige Verkehrsentwicklung von Bedeutung sind. Diese sind in ein Gesamtkonzept einzubinden, das den gesamten Marburger Westen umfasst.

Gegenwärtig beginnt der Prozess zur Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen. Um die Bürgerinnen und Bürger und die Stadtverordnetenversammlung in die Lage zu versetzen, ihre Bewertungen und Entscheidungen im Kontext der Gesamtentwicklungen fundiert zu treffen, ist die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts notwendig, in dem auch mögliche Alternativen benannt sind. Es besteht zudem die Erwartung, dass die Verkehrsentwicklung im Marburger Westen in die Vorhabenliste entsprechend des Konzept der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen wird, um größtmögliche Transparenz herzustellen.

Jens Seipp
Jan von Ploetz
Roger Pfalz

Andrea Suntheim-Pichler

Fabio Longo
Steffen Rink
Matthias Simon

